

Nebelbomben auf Panama

**Nachdem Enthüllungsjournalisten Briefkastenfirmen gefunden haben, entdeckt ein deutscher Minister »die dunkle Seite des Kapitals«.
Konsequenzen: keine**

Christian Selz

Es muss mal wieder hektisch mit den Flügeln geflattert werden. Die »Panama Papers« haben den globalen Hühnerstall der herrschenden Klasse aufgescheucht – zumindest mit Ausnahme der Crème de la Crème des US-Kapitals, die die Recherche bezahlt hat. Auf letztere Nebensächlichkeit wies das Medienportal *Meedia* am Dienstag nachmittag hin. »Womöglich«, so wurde dort kühn vermutet, sei das maßgeblich an den Enthüllungen beteiligte Netzwerk »International Consortium of Investigative Journalists« (ICIJ) »nicht ganz frei von Einflüssen«, weil es doch dem früheren britischen Diplomaten Craig Murray zufolge »vollständig vom US-amerikanischen Center for Public Integrity finanziert und organisiert« werde. Und dieses Center wiederum bezieht altruistische Zuwendungen von Demokratieförderern wie der Ford Foundation, dem Rockefeller Family Fund oder George Soros' Open Society Foundations. Doch derart ketzerische Verschwörungstheorien taugen nicht für ein breites Publikum. Das will offiziöser benebelt werden. Die OECD liefert da massenkompatible Allgemeinplätze.

Panama sei »die letzte große Bastion« für Steuerflüchtlinge, schimpfte der Generalsekretär jener der Marktwirtschaft verpflichteten »Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung«, José Ángel Gurría, bereits am Montag. Das beleidigt förmlich US-Staaten wie Nevada, Delaware, South Dakota und Wyoming, die sich aus Sicht der Kapitaleigner vorbildlich bemühen, für deren Vermögen ein lauschig-intransparentes Heim zu schaffen. Doch davon steht natürlich nichts in den Verlautbarungsmeldungen der großen Agenturen. *AFP* lässt immerhin den Vizeaußenminister Panamas, Luis Miguel Hincapié, einwenden, dass »sich die Hälfte der

Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln« befinde. Dann wieder schwarzer Humor: Der Skandal biete die Möglichkeit, »Druck auszuüben auf Panama«, zitiert die Agentur OECD-Boss Gurría. Für diese bahnbrechende Feststellung traf sich der Mexikaner übrigens mit den Vorsitzenden internationaler Wirtschafts- und Finanzorganisationen am Dienstag abend in Berlin, Bundeskanzlerin Angela Merkel inklusive. Der geäußerte Zweck der Übung: Panama solle sich »den anderen Staaten der Welt« anschließen und »auf dem Weg der Transparenz Fortschritte« machen. Zumindest das klingt logisch, denn der – wenn auch unfreiwilligen Transparenz – in dem mittelamerikanischen Land ist der ganze Zirkus ja geschuldet.

Andere Länder sind da längst weiter, Deutschland zum Beispiel. Die Bundesrepublik landete auf dem Anfang November vergangenen Jahres veröffentlichten Schattenfinanzindex der Nichtregierungsorganisation »Tax Justice Network« auf dem achten Rang, fünf Plätze vor Panama. Noch »besser« schnitten die Schweiz (Weltmeister), Hongkong (Zweiter) und die USA (Bronzemedaille) ab. Ausschlaggebendes Kriterium war die »Attraktivität für illegale Finanzströme«, also genau die Intransparenz, die die Schar der Empörten Panama jetzt vorwirft.

Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, übernimmt derweil die Abteilung Ablenkung. »Eine Transaktionssteuer auf den weltweiten computergesteuerten Hochgeschwindigkeitshandel« könne doch den Ausgleich zwischen Arm und Reich finanzieren, warf er in der *Rheinischen Post* vom Mittwoch ein und stellte den großzügigen Spitzensatz von 0,01 Prozent in den Raum. Für »Briefkastenfirmen«, die »schmutzige Seite des Kapitals«, forderte er derweil ein »weltweites Verbot«, freilich ohne Näheres zur Umsetzung zu sagen.

<http://www.jungewelt.de/2016/04-07/001.php>